

„Unsere Banker brauchen wieder eine anständige Grundgesinnung“

Altbundeskanzler Helmut Schmidt über die Probleme der Euro-Zone, die verfehlte Griechenland-Politik der EU und seine Unterstützung für Peer Steinbrück. Das Gespräch führte Handelsblatt-Chefredakteur Gabor Steingart im Rahmen der Verleihung des Helmut-Schmidt-Journalistenpreises.

Handelsblatt: Herr Schmidt, haben Sie eine Präferenz, womit wir unser Gespräch beginnen sollten?
Helmut Schmidt: Ich habe eine negative Präferenz. Ich möchte nicht schon wieder über Griechenland reden.

Handelsblatt: Vielleicht später?
Schmidt: Vielleicht gar nicht.

Handelsblatt: Sie haben zur Verabschiedung von Jean-Claude Trichet auch seinen Nachfolger Draghi getroffen.
Schmidt: Ja.

Handelsblatt: Und?
Schmidt: Nix und. Der wird seine Sache ordentlich machen.

Handelsblatt: Der richtige Mann für die Spitze der Europäischen Zentralbank?
Schmidt: Ja.

Handelsblatt: Es gibt in Deutschland eine doppelte Befürchtung. Die einen sagen, der Draghi war, bevor er Notenbankgouverneur wurde, bei der Investmentbank Goldman Sachs. Die anderen sagen schlicht: Draghi ist Italiener.
Schmidt: Das ist nicht so schlimm. Schlimmer ist eigentlich der Umstand, dass die Italiener keinen allseits anerkannten Regierungschef haben. Das hat aber mit Herrn Draghi nichts zu tun.

Handelsblatt: Zumindest die Nationalbank in Italien gilt als seriös.
Schmidt: Die Banca d'Italia ist - soweit ich sie beurteilen kann, das heißt seit den 1970er-Jahren - fachlich, sachlich, Sie haben gesagt seriös. Das ist der richtige Ausdruck. Sie hat eine Reihe erstklassiger Leute hervorgebracht.

Handelsblatt: Sie haben den scheidenden EZB-Präsidenten Trichet bei seiner Verabschiedung über alle Maßen gelobt. Muss man das bei einem solchen Anlass tun, wenn man der Laudator ist?
Schmidt: Ich musste gar nicht. Sondern das war meine Meinung.

Handelsblatt: Die Deutschen im Publikum - ich denke dabei an die Herren Axel Weber und Jürgen Stark - waren sicherlich anderer Meinung.
Schmidt: Mit Sicherheit waren sie anderer Meinung. Das steht ihnen auch zu. Aber das muss mich ja nicht stören.

Handelsblatt: Verstehen Sie deren andere Meinung?
Schmidt: Ich verstehe sie und halte sie nicht für zutreffend.

Handelsblatt: Warum?
Schmidt: Weil sie letzten Endes zum Ausdruck bringen wollten -

durch ihre Rücktritte -, dass sie unzufrieden waren mit der Politik, wie sie Trichet und die Mehrheit im Gouverneursrat der Europäischen Zentralbank betrieben haben. Weswegen waren sie unzufrieden? Sie waren unzufrieden, weil sie glauben, dass die alte Philosophie der Bundesbank viel zweckmäßiger ist, die sich allein konzentriert hat auf die stabile Kaufkraft der alten D-Mark.

Handelsblatt: Diese Sicht der Bundesbank haben Sie schon als Bundeskanzler kritisiert.
Schmidt: Die Bundesbank war immer der Meinung: Wir sind nur für die Stabilität verantwortlich. Arbeitslosigkeit, Produktivität, Wachstum oder Schrumpfung, das ist alles nicht unsere Sache. Das ist Sache der Politiker. Das ist ein sehr bequemer Standpunkt für eine Zentralbank, und es gibt auf der ganzen Welt kaum irgendwo eine Zentralbank, die in ähnlicher Rigidität agiert, wie es Axel Weber getan hätte, wenn er alleine gewesen wäre. Er war aber nicht allein, er war Teil der Europäischen Zentralbank.

Handelsblatt: Und deren Ergebnisse in Sachen Inflationsbekämpfung können sich - soweit wir das heute beurteilen können - sehen lassen.
Schmidt: In den letzten zwölf D-Mark-Jahren ist die Inflationsrate im D-Mark-Raum höher gewesen als die Inflationsrate in den ersten

zwölf Jahren im Euro-Raum. Man kann natürlich Trichet und die Zentralbank kritisieren, wenn man unbedingt möchte, aber die Tatsachen liefern eigentlich keine Argumente für diese Kritik.

Handelsblatt: Überall im Westen wird derzeit gegen die Banken protestiert. Wären Sie heute bei den Protestlern dabei, wenn Sie noch etwas rüstiger wären?
Schmidt: Ich kritisiere die Banken nicht erst seit heute. Ich habe in Büchern und Aufsätzen in den 90er-Jahren den Finanzkapitalismus als Raubtierkapitalismus bezeichnet und habe auch Vorschläge gemacht, dass man ändern sollte. Ich habe es für einen ganz schweren Fehler gehalten, dass man in Amerika quasi das Gesetz aufgehoben hat, das ganz stark getrennt hat zwischen einer Kreditbank und einer sogenannten Investmentbank. Es wurde aufgehoben im Laufe der 90er-Jahre. Das war ein schwerer Fehler.

Handelsblatt: Wirklich? Löst eine solche Trennung zwischen Kreditbank und Investmentbank tatsächlich das Problem? Ist nicht die Frage, ob die Pistole oder die Kugel tötet, relativ belanglos? Denn Lehman Brothers war ja eine reine Investmentbank.
Schmidt: Wenn man sich unter Regulierung nur die Trennung von Investment- und Kreditbank vorstellt, dann reicht das nicht. Aber

nehmen Sie zum Beispiel die fabelhaften Ratingagenturen, die alle diese wunderschönen Derivate begutachtet haben. Und wenn zum Beispiel in Deutschland eine Sparkasse auf ein amerikanisches Derivat hereingefallen sein sollte und es außerdem den eigenen Sparkassenkunden verkauft haben sollte, dann liegt es letzten Endes daran, dass zum Beispiel unsere Wirtschaftsprüfer oder unsere Aufsichtsräte den amerikanischen Ratingagenturen geglaubt haben. Dazu muss man wissen, dass sich diese Ratingagenturen finanzieren von denen, die sie begutachten sollen. Schon allein dieser Interessenkonflikt in der Konstruktion der vier amerikanischen Ratingagenturen müsste einen normalen Menschen höchst stutzig machen. Das müsste Verdacht erwecken. Jetzt im Augenblick sind sie wieder ganz obenauf und bescheinigen europäischen Regierungen, dass sie nicht mit AAA, sondern vielleicht nur noch AA bewertet werden. Das ist ein bisschen reichlich anmaßend nach der absolut

schiefgegangenen Performance der vier Agenturen in den Jahren 2007 und 2008.
Handelsblatt: Glauben Sie, es ist eine gute Idee, diese Länderratings zu verbieten?
Schmidt: Nein, das würde ich nicht verbieten. Aber ich würde jedenfalls nicht davon ausgehen, dass das Rating einer Agentur namens Fitch eine Grundlage ist für das Testat

zwei Jahre im Euro-Raum. Man kann natürlich Trichet und die Zentralbank kritisieren, wenn man unbedingt möchte, aber die Tatsachen liefern eigentlich keine Argumente für diese Kritik.

Handelsblatt: Überall im Westen wird derzeit gegen die Banken protestiert. Wären Sie heute bei den Protestlern dabei, wenn Sie noch etwas rüstiger wären?
Schmidt: Ich kritisiere die Banken nicht erst seit heute. Ich habe in Büchern und Aufsätzen in den 90er-Jahren den Finanzkapitalismus als Raubtierkapitalismus bezeichnet und habe auch Vorschläge gemacht, dass man ändern sollte. Ich habe es für einen ganz schweren Fehler gehalten, dass man in Amerika quasi das Gesetz aufgehoben hat, das ganz stark getrennt hat zwischen einer Kreditbank und einer sogenannten Investmentbank. Es wurde aufgehoben im Laufe der 90er-Jahre. Das war ein schwerer Fehler.

Handelsblatt: Wirklich? Löst eine solche Trennung zwischen Kreditbank und Investmentbank tatsächlich das Problem? Ist nicht die Frage, ob die Pistole oder die Kugel tötet, relativ belanglos? Denn Lehman Brothers war ja eine reine Investmentbank.
Schmidt: Wenn man sich unter Regulierung nur die Trennung von Investment- und Kreditbank vorstellt, dann reicht das nicht. Aber

nehmen Sie zum Beispiel die fabelhaften Ratingagenturen, die alle diese wunderschönen Derivate begutachtet haben. Und wenn zum Beispiel in Deutschland eine Sparkasse auf ein amerikanisches Derivat hereingefallen sein sollte und es außerdem den eigenen Sparkassenkunden verkauft haben sollte, dann liegt es letzten Endes daran, dass zum Beispiel unsere Wirtschaftsprüfer oder unsere Aufsichtsräte den amerikanischen Ratingagenturen geglaubt haben. Dazu muss man wissen, dass sich diese Ratingagenturen finanzieren von denen, die sie begutachten sollen. Schon allein dieser Interessenkonflikt in der Konstruktion der vier amerikanischen Ratingagenturen müsste einen normalen Menschen höchst stutzig machen. Das müsste Verdacht erwecken. Jetzt im Augenblick sind sie wieder ganz obenauf und bescheinigen europäischen Regierungen, dass sie nicht mit AAA, sondern vielleicht nur noch AA bewertet werden. Das ist ein bisschen reichlich anmaßend nach der absolut



Der Altkanzler im Gespräch mit Gabor Steingart bei der Verleihung des Helmut-Schmidt-Preises für Wirtschaftsjournalismus.

Fritz Philipp ©



» **Es gibt auf der ganzen Welt kaum irgendwo eine Zentralbank, die in ähnlicher Rigidität agiert, wie es Axel Weber getan hätte, wenn er alleine gewesen wäre.**



» **In den letzten zwölf D-Mark-Jahren ist die Inflationsrate im D-Mark-Raum höher gewesen als die Inflationsrate in den letzten zwölf Jahren im Euro-Raum.**

DAS GESPRÄCH

Namenspatron Zur Verleihung des traditionsreichen Helmut-Schmidt-Journalistenpreises war der Namenspatron am Donnerstagabend der vergangenen Woche persönlich erschienen: Auf Einladung des Vorstandschefs der ING-DiBa, Roland Bokeloh, nahm der 92 Jahre alte Ex-Kanzler an der Gala im Hamburger Hotel „Atlantic“ teil, auf der die Gewinner geehrt wurden.

Stifter Die von der Bank ING-DiBa gestiftete Auszeichnung ist mit 30 000 Euro dotiert. Gewürdigt werden seit 1996 herausragende Leistungen im Wirtschafts-, Finanz- und Verbraucherjournalismus. Wir haben das Gespräch zwischen Helmut Schmidt und Gabor Steingart aufgezeichnet und geben es hier leicht gekürzt wieder.

einer europäischen oder deutschen Wirtschaftsprüfungsgesellschaft.

Handelsblatt: Sie sprechen über Banken in einer Sprache, die auch meine achtjährige Tochter versteht, wenn auch in einer Sprache, die bei uns zu Hause eigentlich verboten ist. „Die Banken haben uns in die Scheiße geritten“, haben Sie in der „Zeit“ geschrieben. Ist es da mit Regulierung allein getan, oder muss sich da etwas viel Grundlegenderes ändern als ein Gesetz? Stichwort: Berufsethik.
Schmidt: Die Antwort gibt sich von selber. Das kann der Staat nicht. Andererseits kann man Moral oder Ethik, was ja in Wahrheit das nicht durch eine ordnungsmäßige Bankenauferlegung. Dazu gehört Erziehung, Erziehung vom Lehrling an, hoffentlich schon in

der Schule, hoffentlich schon im Elternhaus, Erziehung durch Vorbild, durch Beispiel, durch Lob, durch Tadel. Die Wiederherstellung einer anständigen Grundgesinnung in einigen Teilen der Bankenwelt, wo sie verloren gegangen ist, wird ziemlich lange Zeit brauchen. Da werden wir noch eine größere Zahl von unerfreulichen Überraschungen erleben.

Handelsblatt: Die Professorin und Aufsichtsrätin Ann-Kristin Achleitner sprach kürzlich von einer „verformten Generation“ und meinte damit eine Generation von Bankern, die nicht mehr das Wohl ihrer Kunden im Auge hat. Wann hat Ihrer Erinnerung nach diese Verformung begonnen?
Schmidt: Es hat natürlich immer Spekulantentum gegeben, auch vor der Nazizeit. Aber das Ausmaß hat Anfang der 70er-Jahre stark zugenommen. Es war die Zeit, als Präsident Richard Nixon die Goldauflösungspflicht für eine amerikanische Dollarnote aufgehoben hat. Hedgefonds hat es vorher nicht gegeben. Am Ende der 1970er-Jahre spielten sie dann schon eine große Rolle.

Handelsblatt: Sie haben zusammen mit Peer Steinbrück ein Buch geschrieben, das in den nächsten Tagen der Öffentlichkeit vorgestellt wird. Sie haben ihn während der Entstehungszeit dieses Buchs noch mal näher kennen gelernt. Kann er's?
Schmidt: Was ist Ihre Frage?
Handelsblatt: Über Peer Steinbrück soll in dem Buch ein Satz von Ihnen stehen, der ihn für Höheres empfiehlt. Stimmt das?
Schmidt: Den Satz habe ich geschrieben. Was haben Sie dagegen?
Handelsblatt: Was gefällt Ihnen an diesem aus Ihrer Sicht jungen Mann?
Schmidt: Er ist kein junger Mann, er ist 61 Jahre alt. Einen 60-jährigen Mann, auch einen 50-jährigen, würde ich anerkennen als erwachsenen Mann.

nen gelernt. Kann er's?
Schmidt: Was ist Ihre Frage?

Handelsblatt: Über Peer Steinbrück soll in dem Buch ein Satz von Ihnen stehen, der ihn für Höheres empfiehlt. Stimmt das?
Schmidt: Den Satz habe ich geschrieben. Was haben Sie dagegen?

Handelsblatt: Was gefällt Ihnen an diesem aus Ihrer Sicht jungen Mann?

Schmidt: Er ist kein junger Mann, er ist 61 Jahre alt. Einen 60-jährigen Mann, auch einen 50-jährigen, würde ich anerkennen als erwachsenen Mann.

Handelsblatt: Was kann Peer Steinbrück, was andere Politiker nicht können?

Schmidt: Er beherrscht alle wichtigen politischen Themen, über die wir gerade sprechen. Und er kann sie in einer Art und Weise, die auch das normale Publikum versteht, auseinandernehmen und erklären. Insofern geht seine Reichweite über die seiner eigenen Partei hinaus.

Handelsblatt: Er hat etwas Überparteiliches? Erziehung durch Vorbild, durch Beispiel, durch Lob, durch Tadel. Die Wiederherstellung einer anständigen Grundgesinnung in einigen Teilen der Bankenwelt, wo sie verloren gegangen ist, wird ziemlich lange Zeit brauchen. Da werden wir noch eine größere Zahl von unerfreulichen Überraschungen erleben.

Handelsblatt: Hat Steinbrück eine Chance bei der Verfasstheit der SPD? Keiner kennt die Sehnsucht der Sozialdemokratie nach Opposition, nach dem Sich-Wohl-Fühlen mit alten Gewissheiten, besser als Sie.
Schmidt: Jetzt wollen Sie mich verführen, Wahlkämpfe zu bestreiten. Ich lass' mich nicht verführen.

Handelsblatt: Dann schauen wir doch nach Frankreich, wo die Vorwahlen der Sozialistischen Partei gerade François Hollande mit 57 Prozent gewonnen hat. Wären solche Vorwahlen auch etwas für die Kandidatenfindung der SPD?

Schmidt: Es gibt ein Land, wo diese Vorwahlen eine lange Tradition besitzen, das ist Amerika. In Deutschland hat das keine Tradition. Deswegen würde ich zögern, aus dem Handgelenk eine Tradition zu begründen oder so zu tun, als ob es eine Tradition ist, und hinterher stellt man fest: So schön war es nicht, wir schaffen es wieder ab.

Handelsblatt: Tatsache aber ist: Viele Deutsche wünschen sich mehr Führung und wohl auch einen neuen Bundeskanzler. Wenn der aber im Amte wäre, stünde jenes Thema erneut auf der Tagesordnung, über das wir bisher noch nicht gesprochen haben: Griechenland. Warum bekommt die Politik es nicht hin, ein Land dieser geringen ökonomischen Bedeutung für Europa zum wirtschaftlichen Erfolg zu führen?
Schmidt: Das ist eine sehr berechtigte Frage. Aber die müssen Sie gefälligst an Frau Merkel richten, nicht an mich.

Handelsblatt: Frau Merkel gibt die Antwort in praktischer Tagespolitik, denn sie bekommt es nicht hin.

Schmidt: Sie ist es ja nicht allein. In meinen Augen fängt der Fehler damit an, dass man in Paris und Berlin glaubt, die Sache auf allerhöchster Ebene in den Griff kriegen zu können, anstatt die Kommission in Brüssel mit ihren Experten und Stäben handeln zu lassen. Es kann nun wirklich keiner behaupten, dass Frau Merkel oder Herr Sarkozy besondere Kenntnisse der Finanzmärkte mitgebracht hätten, als sie in ihre jeweiligen Ämter berufen wurden. Aber in Brüssel gibt es viele solche Leute, die sich sehr gut auskennen. Es gibt auch Kommissare, die diese Kenntnisse haben. Was die oberste Ebene da bisher zustande gebracht hat, ist Stückwerk.

Handelsblatt: Während wir hier miteinander sprechen, herrscht in Griechenland Ausnahmezustand. Die Arbeiter streiken, die jungen Leute wandern aus oder protestieren. Ist das Programm der Strenge, das der Westen den Griechen abverlangt, die richtige Medizin?

Schmidt: Wenn es alleine dabei bleibt, wäre es ganz sicher die falsche Medizin. Wenn es dabei alleine bleibt, dann ist es zwangsläufig, dass sie nicht nur ökonomisch Griechenland in eine Depression treiben, sondern auch die ganze griechische Nation psychologisch in eine Depression treiben. Das ist ganz offensichtlich. Die Griechen brauchen nicht so sehr Geld. Sie brauchen ein Konzept, und das besteht aus Projekten. Der Aufschwung kann nicht dadurch kommen, dass die Leute am laufenden Bande aus ihren Stellungen entlassen werden.

Handelsblatt: Glauben Sie, dass die griechische Demokratie in Gefahr ist?

Schmidt: Mir fehlt bei vielen Europäern, die jetzt Ratschläge geben, die Kenntnis der jüngeren griechischen Geschichte. Die Militärgouverneur war bis 1974 im Amt, und alles, was bis dahin sich entwickelt hat, kann man doch nicht im Handumdrehen wieder in Ordnung bringen. Wie lange haben wir gebraucht, das Erbe der Mitläufer, der Nazi-Mitläufer in unseren Firmen, in unserer Verwaltung, auch in unseren Gerichten und Staatsanwaltschaften, zu überwinden? Mehrere Jahrzehnte, wenn wir ehrlich sind.

Handelsblatt: Das bedeutet für Griechenland?

Schmidt: Da wird zu viel verlangt.
Handelsblatt: Man hat zuweilen das Gefühl, dass das, was Sie und andere Ökonomen sagen, nur deshalb nicht in der praktischen Politik angewandt wird, weil es nicht sonderlich populär ist, den Griechen zu helfen. Jürgen Habermas spricht in einem Aufsatz vom „demoskopiegetriebenen Opportunismus“ der Regierenden. Ist das ein Grund, warum das Richtige unterbleibt?
Schmidt: Das ist jedenfalls eine der Ursachen.

Handelsblatt: Steinbrück würde weniger opportunistisch handeln? Ist das Ihre Erwartung?
Schmidt: Das ist ein erneuter Versuch, mich in die Tagespolitik zu involvieren. Ich werde ihm widerstehen.

Handelsblatt: Herr Altbundeskanzler, ich danke Ihnen für dieses Gespräch.



» **Mir fehlt bei vielen Europäern, die jetzt Ratschläge geben, die Kenntnis der jüngeren griechischen Geschichte.**